

22.10.2015

Niederschrift KT/003/2015

Kreistag

am 22.09.2015 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Stefan Janyga abwesend

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Dieter Kleinwächter abwesend

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf abwesend

Herr Hakan Namlisoy

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath abwesend

Frau Gabriele Richter

Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Ilka Brehmer

Herr Herbert Goldmann

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Marion Küpper

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Herr Dieter Reichwald abwesend

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Frau Maria Lipke

Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Herr Julius Will abwesend

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß abwesend

Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Dieter Albert

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Herr Dirk Wigant, Dezernent

Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Anja Seeber, stv. Leiterin Fachbereich Schulen

Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass Herr Dennis Schweer, Kreistagsmitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von seinem Mandat zurückgetreten und für ihn Frau Marion Küpper in den Kreistag nachgerückt sei. Dann verpflichtet er Frau Küpper zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Auf Nachfrage des Landrates erklären alle Anwesenden ihr Einverständnis dazu, dass Herr Bangert ein Foto von dieser Verpflichtung gemacht hat.

Herr Landrat Makiolla teilt anschließend mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 10.09.2015 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Landrat Makiolla den Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um Mitteilung, ob diese eine Vertagung oder Absetzung des Tagesordnungspunktes 5 beantrage.

Herr Goldmann teilt mit, dass seine Fraktion diesen Antrag (Punkt 5.2 / DS 105/15) zurückziehe. Punkt 5.3 wird dadurch zum neuen Punkt 5.2. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 113/15 | Ersatzwahlen |
| Punkt 4 | 108/15 | Technologiezentren im Kreis Unna;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 25.08.2015 |

- Punkt 5** Neuordnung der Förderschullandschaft im Kreis Unna
- Punkt 5.1** 085/15/1 Neuordnung der Förderschullandschaft für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung im Kreis Unna
- Punkt 5.2** 104/15 Gemeinsamer Antrag der Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm und der Linksfraktion vom 14.08.2015
- Punkt 6** 069/15/1 Schulabbrecherquote im Kreis Unna deutlich reduzieren;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.05.2015
- Punkt 7** 101/15 Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen
- Punkt 8** 084/15 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2015
- Punkt 9** Wirkungsorientierte Steuerung
- Punkt 9.1** 106/15 Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung
- Punkt 9.2** 112/15 Leitziele eines wirkungsorientierten Verwaltungshandelns;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 03.09.2015 zur DS 106/15
- Punkt 10** 115/15 Flüchtlingssituation im Kreis Unna
- Punkt 11** 103/15 Einrichtung eines "Flüchtlingsgipfels Kreis Unna";
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.08.2015
- Punkt 12** 111/15 Mobilität für Flüchtlinge vereinfachen - Sozialticket an deren Situation anpassen;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2015
- Punkt 13** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 13.1** 117/15 Bevorzugte Vergaben an Integrationsbetriebe und Betriebe mit Integrationsabteilungen;
Anfrage der Linksfraktion vom 11.09.2015

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 14** 087/15 Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht;
Entscheidung über die erneute Vergabe
- Punkt 15** 092/15 Deckenbauprogramm 2015;
Vergabe des Auftrags über die Sanierung von sechs Ortsdurchfahrten in Unna;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 16** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 113/15 Ersatzwahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er nach den Vorschriften der Kreisordnung bei den Ziffern 1 a) und 2 nicht mitstimmen dürfe, da es um Ausschussbesetzungen gehe. Bei den Ziffern 1 b) und 3 habe er hingegen Stimmrecht. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 21.09.2015 einstimmig empfohlen, diese Ersatzwahlen vorzunehmen. Anschließend stellt er die Ziffern 1 bis 3 getrennt zur Wahl.

Wahl

Für die Dauer der verbleibenden Wahlzeit des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen vorgenommen:

1. a) Frau Marion Küpper wird als ordentliches Mitglied in den
- Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr
 - Kreispolizeibeirat
 - Rechnungsprüfungsausschuss
 - Wahlprüfungsausschuss

sowie als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Bildung und Kultur
- Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
gewählt.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

1. b) Frau Marion Küpper wird als stellvertretendes Mitglied in
- die Erweiterte Schulkonferenz der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna
 - die Gesellschafterversammlung der Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH
 - die Gesundheitskonferenz des Kreises Unna
 - die mündlichen und praktischen Abschlussprüfungen der Berufskollegs als Vertretung des Schulträgers am Hansa Berufskolleg Unna, Hellweg Berufskolleg Unna, Märkischen Berufskolleg Unna, Lippe Berufskolleg Lünen und am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg Werne und in
 - die Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG)
entsandt.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

2. Der sachkundige Bürger Thomas Semmelmann wird als Nachfolger des sachkundigen Bürgers Carsten Jaksch-Nink zum ordentlichen Mitglied für den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität gewählt.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

3. Dezernent Torsten Göpfert wird als stellvertretendes Mitglied in die Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. entsandt.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

**Punkt 4 108/15 Technologiezentren im Kreis Unna;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 25.08.2015**

Erörterung

Herr Wiggermann (SPD-Fraktion) führt zum gemeinsamen Antrag aus, dass SPD- und CDU-Fraktion es sich zu einem wesentlichen Ziel gemacht hätten, die Beschäftigungsstruktur im Kreis Unna, noch stärker als in der Vergangenheit, mit Impulsen zu versehen, insbesondere für mehr Beschäftigung zu werben, Strukturen

Es werde daher vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag um den derzeitigen Standort und um den Zusatz, dass die Standortfrage von der Stadt Selm entschieden werde, zu ergänzen. Die Formulierung laute dann wie folgt: „Pädagogenweg 4/ Waltroper Str. 19, in Abhängigkeit von der Entscheidung der Stadt Selm“. In dieser Fassung sei der Beschlussvorschlag im Kreisausschuss am 21.09.2015 mehrheitlich bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 2 Nein-Stimmen von der Linksfraktion und der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm beschlossen worden. Herr Landrat Makiolla weist außerdem darauf hin, dass auf Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen der Ausschussberatung unter Ziffer 7 des Beschlussvorschlages der letzte Satz aufgenommen worden sei: „Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Kamen ein Konzept für die Nachnutzung des Standortes der Sonnenschule zu erarbeiten.“ Er erklärt weiterhin, dass es zur Drucksache 08515/1 einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS 105/15) gegeben habe, den diese vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen habe. Es verbleibe dann der gemeinsame Antrag der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm und der Linksfraktion, der eine Ergänzung zu Ziffer 3 der Beschlussvorlage beinhalte. Vor Einstieg in die Diskussion teilt Herr Landrat Makiolla noch mit, dass sich die Schulkonferenzen der Regenbogen und der Sonnenschule mittlerweile konstituiert hätten und auch Gelegenheit erhalten hätten, Stellungnahmen zu diesem Konzept abzugeben. Beide Schulen hätten darauf verzichtet, eine Stellungnahme abzugeben. Er verliest daraufhin das als E-Mail von der kommissarischen Schulleiterin der Sonnenschule, Frau Raffalski, übersandtes Schreiben (siehe Anlage 1 dieser Niederschrift).

Frau Lipke (Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm) führt aus, dass der gemeinsame Antrag sich auf Punkt 3 des Beschlussvorschlages beziehe. Sie appelliere eindringlich, keinen Teilstandort zu beschließen, sondern die Schulen in Lünen und Selm selbstständig zu lassen. Sie seien beide groß genug. Dies sei zum Vorteil aller, auch dem des Kreises. Ansonsten könne alles im Beschlussvorschlag so bleiben, d.h. man könne auch die Trägerschaft auf den Kreis übergeben. Teilstandorte sollten eigentlich immer nur eine Ausnahme darstellen, das stehe auch so im Schulgesetz. Hier aber würden ganz ohne Not zwei Schulen zu Teilstandorten gemacht, die selbstständig bleiben könnten. Sie weise darauf hin, dass ihr auch die Stellungnahme der Schulkonferenz der Pestalozzischule vorläge, die ebenfalls den eigenständigen Standort, mit fast den gleichen Begründungen, verlange. Dies sei sowohl Elternwille als auch Wille aller Stellungnahmen der Grundschulen in Selm. Daher bitte sie um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag.

Frau Hupe (SPD-Fraktion) teilt mit, dass man sich seit ziemlich genau einem Jahr mit der Erstellung dieses Systems befasst habe. Es sei sehr transparent mit den Städten und Gemeinden und ebenso intensiv in allen Fraktionen besprochen worden. Das Ergebnis liege nun in einem Guss vor, und eine Diskussion von einzelnen Aspekten an dieser Stelle würde das ganze System in Frage stellen, zumal man sich entschieden hätte, dass der Förderschwerpunkt Lernen in den Grundschulen nicht mehr angeboten werden solle. Man habe ein gutes, solides System entwickelt, das seine Qualität durch den gebundenen Ganzttag noch erweitere, und sie plädiere sehr dafür, dieses System jetzt auch so zu belassen.

Herr Sell erklärt, die Linksfraktion begrüße im Wesentlichen das Gutachten von Dr. Habeck. Seine Fraktion sei auch der Meinung, dass aufgrund gravierend sinkender Schülerzahlen in vielen Förderschulen eine Zusammenlegung notwendig sei. Die Pestalozzischule in Selm stelle jedoch die Ausnahme dar. Sie habe in den letzten Jahren immer Zuwächse gehabt. Daher werde man dieses Konzept ablehnen. Unter Beisein von Herrn Dr. Timpe habe man mit den Eltern und dem Lehrerkollegium der Pestalozzischule gesprochen. Da dieser leider erkrankt sei, stünden hier noch einige Fragen offen. Letztlich entscheiden werde der Stadtrat in Selm.

Herr Stalz teilt mit, dass die Gruppe der Freien Wähler die Auflösung der Standorte der Förderschulen bedauere. Ursächlich dafür sei die vor zwei Jahren drastisch geänderte Mindestgrößenverordnung durch die

rot-grüne Landesregierung, aber auch die politisch gewollte Inklusion. Man werde der Drucksache zustimmen, weil es hierdurch langfristige Planungssicherheit für die bestehenden Standorte gebe und auch die räumlichen Entfernungen nicht so groß seien, dass man Zweifel haben müsste, dass der Wille der Eltern auf freie Schulwahl dadurch gefährdet werden könnte. Vermissten würde man in der Drucksache den Aspekt der Lehrerschaft. Es müssten ja auch zahlreiche Lehrkräfte von ihren Standorten versetzt werden und hinterher auch eine etwas andere Tätigkeit ausüben. Er bitte darum, hierbei möglichst auf persönliche Anliegen Rücksicht zu nehmen.

Herr Landrat Makiolla teilt Herrn Stalz mit, dass die Personalangelegenheiten der Lehrkräfte keine Angelegenheit der Kreisverwaltung, sondern der Schulaufsicht seien.

Herr Jasperneite führt aus, dass sich die CDU-Fraktion ebenfalls sehr intensiv und sehr lange mit dem Thema Förderschulprogramm auseinandergesetzt habe. Die Einführung dieses neuen Systems für den gesamten Kreis Unna bedinge natürlich Kompromisse in vielen Bereichen, und eventuell müsse man in einigen Jahren auch über neue Strukturen nachdenken, aber in der jetzigen Situation sei dieses Förderschulprogramm das Beste, was man zurzeit anbieten könne. Ebenso sei es ein Angebot an die Kommunen, mitzumachen. Wenn in Selm entschieden würde, das nicht zu tun, habe man dort eine andere Struktur. Seiner Kenntnis nach werde dieses Förderschulprogramm aber in allen Kommunen so getragen, wie es gerade dargestellt worden sei. Von daher bitte er auch die kleineren Fraktionen und Gruppen, dieses Thema so mitzutragen. Neben einem dauerhaft funktionierenden Förderschulprogramm werde man zudem bei diesen neuen Strukturen auch noch Geld sparen. Die CDU-Fraktion werde daher der Verwaltungsvorlage in der modifizierten Form folgen und den gemeinsamen Antrag ablehnen.

Für die FDP-Gruppe betont Herr Klostermann, dass der Kreis Unna qualitativ wie quantitativ eine sehr gute Förderschullandschaft habe. Man wolle den Bereich Förderschulen hier im Kreis Unna auch erhalten. Neben dem Elternwillen sei das Kindeswohl ganz entscheidend, und deshalb müsse man, trotz aller Bemühungen der Inklusion, berücksichtigen, dass es auch weiterhin Eltern geben werde, die – aus seiner Sicht zu Recht – der Meinung seien, dass die Förderschulen letztendlich die richtige Entscheidung seien. Durch eine veränderte Situation, bedingt durch eine entsprechende landesseitige Verordnung hinsichtlich der Mindestanzahl der Schüler, habe man aber reagieren müssen. Das Förderschulgutachten sei aus Sicht der Liberalen alternativlos. Deshalb werde man dem Ganzen, wenn auch aufgrund der Ursachen zähneknirschend, zustimmen. Da die FDP-Gruppe auch der Meinung sei, dass man dieses gesamte Konzept nicht in einzelnen Bereichen wieder unterlaufen sollte, werde man den gemeinsamen Antrag der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm und der Linksfraktion ablehnen.

Herr Kampmann (Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm) erklärt, dass hinter dem gemeinsamen Antrag die Überlegung stehe, dass es, aufgrund der Größe der Schule und der Entfernung der Teilstandorte, bei einer Schulleitung und den damit verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten, deutlich einfacher wäre, wenn Selm erst einmal nicht Teilstandort würde, sondern vielleicht ein oder zwei Jahre eigenständiger Standort bliebe, damit die erforderlichen Umstellungen im Sinne der Schüler gelöst werden könnten. Das übrige Konzept werde aus Sicht seiner Fraktion nicht angezweifelt. Ob Selm in zwei Jahren Teilstandort werde oder jetzt direkt, habe seines Erachtens keine Auswirkungen auf das Gesamtkonzept.

Frau Czieso hebt hervor, dass es für die SPD-Fraktion im Interesse der Kinder, die diese Schulform nutzen wollten, wichtig sei, dass der Teilstandort in Selm bleibe. Der Rat der Stadt Selm werde ihren Informationen nach dieser neuen Förderschullandschaft auch so zustimmen. Man sehe dies als eine beispielhafte Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Hier jetzt eine Sonderregelung für die Stadt Selm auf den Weg zu bringen, halte sie deshalb nicht für sinnvoll, und daher bitte sie um Zustimmung zu der Drucksache.

Vor Eintritt in die Abstimmung geht Herr Landrat Makiolla in einer kurzen Rede auf die Bedeutung dieser weitreichenden und schulpolitisch wichtigen Entscheidung ein. (Das Rededokument ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.)

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Herr Landrat Makiolla zunächst über den gemeinsamen Antrag der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm und der Linksfraktion (DS 104/15) abstimmen (siehe Punkt 5.2). Abschließend lässt Herr Landrat Makiolla über die Drucksache 085/15/1 abstimmen (siehe Punkt 5.1).

Punkt 5.2 104/15 Gemeinsamer Antrag der Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm und der Linksfraktion vom 14.08.2015

Erörterung

Siehe unter Punkt 5

Beschluss

Punkt 3 des Beschlussvorschlages wird erweitert bzw. ergänzt und lautet wie folgt:

Zum Schuljahr 2016/17 errichtet der Kreis Unna als Schulträger eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Emotionale Entwicklung in der Sekundarstufe I in 44536 Lünen, Moltkestraße 93.

Die Förderschule in Selm geht als weitere, eigenständige Förderschule in die Trägerschaft des Kreises über. Sie hat sowohl eine Sekundarstufe wie auch eine Primarstufe. Sollte die Mindestzahl für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb nach der aktuellen Fassung über die Mindestgrößenverordnung des Landes NRW nicht mehr ausreichen, wird die Schule in Selm als Teilstandort der Förderschule in Lünen (Förderzentrum Nord) weitergeführt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (6 Ja-Stimmen der Linksfraktion, der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 57 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppen FDP, PIRATEN, Freie Wähler sowie des Landrates, 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 5.1 085/15/1 Neuordnung der Förderschullandschaft für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Emotionale und soziale Entwicklung im Kreis Unna

Beschluss

1. Der Kreistag des Kreises Unna begrüßt das mit den Städten und Gemeinden auf der Grundlage des Gutachtens von Herrn Dr. Habeck entwickelte Konzept zur Neuordnung der Förderschullandschaft im Kreis Unna und ist bereit, die zur Umsetzung notwendigen Beschlüsse gemeinsam mit ihnen zu fassen.

Mit dieser Neuordnung und dem qualitativ guten und noch relativ ortsnahen Förderschulangeboten bleibt den Eltern der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Kreis Unna die Wahlfreiheit zur sonderpädagogischen Förderung in allgemeinen Schulen oder Förderschulen.

2. Zum Schuljahr 2016/17 (01.08.2016) errichtet der Kreis Unna als Schulträger eine Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung in der Sekundarstufe I in Unna als Ganztagschule (Förderzentrum Unna, 59425 Unna, Friedrich-Ebert-Str. 78) - § 81 i.V.m. § 82 Abs. 10 und § 20 Abs. 7 SchulG NRW.
Die Schule wird im integrativen Verbund errichtet. Unterricht kann auch in kooperativer Form erteilt werden.
3. Zum Schuljahr 2016/17 (01.08.2016) errichtet der Kreis Unna als Schulträger eine Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung in der Sekundarstufe I, Moltkestraße 93, 44536 Lünen, mit Standorten in Lünen (44536 Lünen, Moltkestr. 93) und Selm (59379 Selm, Pädagogenweg 4/ Waltroper Str. 19, in Abhängigkeit von der Entscheidung der Stadt Selm) als Ganztagschule (Förderzentrum Nord) - § 81 i.V.m. § 82 Abs. 10 und § 20 Abs. 7 SchulG NRW.
Die Schule wird im integrativen Verbund errichtet. Unterricht kann auch in kooperativer Form erteilt werden.
4. Der Standort der Regenbogenschule, Förderschule des Kreises Unna mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung in der Primarstufe, Kurpark 2, 59425 Unna, wird zum Schuljahr 2016/17 (01.08.2016) an den Standort Overbergstraße 18, 58730 Fröndenberg, verlagert.
Der Standort der Regenbogenschule, Förderschule des Kreises Unna mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung in der Primarstufe, Kreuzstraße 116, 44532 Lünen, wird zum Schuljahr 2016/17 (01.08.2016) an den Standort Rünther Straße 80, 59192 Bergkamen, verlagert.
Hauptstandort der Regenbogenschule, Förderschule des Kreises Unna mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung in der Primarstufe, wird der Standort Rünther Str. 80, 59192 Bergkamen.
5. Die Sekundarstufe I der Regenbogenschule, Förderschule des Kreises Unna (Standort 59192 Bergkamen, Alisostr. 50) mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung, wird zum Schuljahresende 2016/17 (31.07.2017) aufgelöst (§ 83 SchulG NRW).
Die zum Ende des Schuljahres 2016/17 noch verbleibenden Schülerinnen und Schüler können ihre Schullaufbahn an den Förderzentren (Förderzentrum Unna bzw. Förderzentrum Nord mit den Teilstandorten in Lünen und Selm) fortsetzen.
6. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Städten Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne sowie den Gemeinden Bönen und Holzwickede für die Fortführung einer Schule für Erziehungshilfe (vom 1.1.1997 in der geänderten Fassung des Jahres 2002) wird zum Schuljahresende 2015/16 (31.07.2016) aufgehoben.
7. Die Sonnenschule, Förderschule des Kreises Unna mit dem Förderschwerpunkt Sprache in der Primarstufe (Lenninger Str. 47, 59174 Kamen) wird zum Schuljahr 2017/2018 (01.08.2017) an den Standort 59192 Bergkamen, Rünther Str. 80, verlagert.
Zum Schuljahr 2017/2018 (01.08.2017) errichtet der Kreis Unna einen Teilstandort der Sonnenschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache in der Primarstufe, am Standort 58730 Fröndenberg, Overbergstraße 18.
Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Kamen ein Konzept für die Nachnutzung des Standortes der Sonnenschule zu erarbeiten.
8. Die Sonnenschule und die Regenbogenschule, Förderschulen des Kreises Unna im Primarbereich, werden zum 01.08.2017 in Ganztagschulen umgewandelt.

9. Alle Aufwendungen für die Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Unna werden über die allgemeine Kreisumlage finanziert.
10. Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen Genehmigungen gemäß § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuholen.
11. An der Fortentwicklung des Förderschulwesens im Kreis Unna wirken die Städte und Gemeinden über die Schuldezernentenkonferenz mit.
12. Diese Beschlüsse des Kreistages stehen unter dem Vorbehalt entsprechender Beschlüsse in den Städten und Gemeinden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppen FDP, PIRATEN, Freie Wähler sowie des Landrates, 5 Nein-Stimmen der Linksfraktion, der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , 2 Enthaltungen der CDU-Fraktion und der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm)

Punkt 6 069/15/1 Schulabbrecherquote im Kreis Unna deutlich reduzieren; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.05.2015

Erörterung

Herr Dörner (CDU-Fraktion) führt aus, dass die Schulabbrecherquote zurzeit bei ungefähr 5,8 Prozent liege, was 278 Schüler im Jahr 2014 betroffen habe. Hinter jedem dieser Schüler stecke ein Schicksal, und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien gerade für diese Klientel extrem gesunken. Es sollte ein Anliegen des Kreises, aber auch der Kommunen sein, in denen es regional hinsichtlich der Schulabbrecherquote sehr große Unterschiede gebe, Möglichkeiten anzubieten, Schulabschlüsse nachzuholen. Der Kreis fange über die eigenen Berufsschulen schon viel auf, aber es gebe noch eine Menge Handlungsbedarf. Auch hier könne es im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit ein Ziel sein, die Kommunen mitzunehmen, um ein Handlungskonzept zur Reduzierung der Schulabbrecherquote zu entwickeln. Das könne in jeder Kommune unterschiedlich sein, sollte sich aber ein Stück weit im Gleichklang mit dem Kreis bewegen. Ziel sei es, die Quote bis 2020 zu halbieren. Wenn man dies erreichen könnte, habe man schon für fast 150 Schüler etwas Gutes bewirkt und ihnen auf ihrem Weg in ihre Zukunft einen ganzen Schritt weiter geholfen. Daher bitte er um Unterstützung des gemeinsamen Antrages.

Herr Stalz teilt mit, die Freien Wähler würden den Antrag unterstützen, da jedes Kind ohne Schulabschluss ein Kind zuviel sei. Ihnen gehe die Zielsetzung noch nicht weit genug. Sie wünschten sich eine Abbrecherquote, die bei Null liege. Man habe aber noch eine generelle Frage zur eben genannten Schulabbrecherquote von 5,8 Prozent für das Jahr 2014. Ihnen läge eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit aus der Fachausschusssitzung im Mai vor, wonach die Quote 2013 bei 5,2 Prozent gelegen habe, also erheblich niedriger als der Ansatz von 2014, herkommend von einer Tendenz von 2007 bis 2013 von ehemals 7 Prozent auf 5,2 Prozent. Insofern sei es verwunderlich, dass im Jahr 2014 wieder eine Steigerung um 0,6 Prozent stattgefunden haben solle. Sie gingen davon aus, dass man eher unter 5 Prozent liege. Im Vergleich zum Land stehe der Kreis dann jedoch immer noch relativ schlecht da, denn die Quote habe im Landesdurchschnitt 2013 bei 4,4 Prozent gelegen. Hier sehe er noch Handlungsbedarf.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass man diese unterschiedlichen Zahlen nicht aufklären könne. Dies habe wahrscheinlich mit den Auswirkungen der doppelten Abiturjahrgänge auf die Statistiken zu tun.

Beschluss

Der Kreistag bekennt sich zum Ziel, die Schulabbrecherquote im Kreis Unna unter Beachtung der regionalen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen bis 2020 mindestens zu halbieren. Der Landrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden dem Kreistag zeitnah ein Handlungskonzept vorzulegen, das darlegt, welche Maßnahmen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 101/15 Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass sich die Drucksache 101/15 auf die Informationen in der Drucksache 083/15 beziehe, die in der letzten Kreistagssitzung zur Kenntnis gegeben worden sei. Auf der Seite 11 dieser Drucksache seien die Ergebnisse der Beratungen und Vereinbarungen im Bereich der Tarifverträge und der Gespräche mit den Financiers des Orchesters zusammengefasst worden. Daraus gehe hervor, dass die Musiker mit dem Abschluss des Haustarifvertrages auf bestimmte Gehaltsbestandteile bis 2020 verzichtet hätten. Als Gegenleistung für diesen Verzicht würden die Träger des Orchesters, also die Städte Gelsenkirchen und Recklinghausen und der Kreis Unna, bis zum Jahre 2021 auf die Kündigung des Fusionsvertrages verzichten, d.h. es gebe praktisch eine Bestandsgarantie für das Orchester bis zum Jahre 2021. Die Stadt Recklinghausen habe das bereits beschlossen und auch eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Orchester abgegeben. Er würde dies auch tun, wenn der Kreistag heute diesen Beschluss fassen würde.

Herr Engelhardt (SPD-Fraktion) betont, dass die Sicherung der Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen für den Kreis Unna sehr wichtig sei, da diese seit Jahrzehnten Bestandteil des Kulturprofils des Kreises sei. Damit erhalte man die drei Säulen des Kulturangebotes, auf die man im Kreis Unna sehr stolz sein könne: Schloss Cappenberg, Haus Opherdicke und die Neue Philharmonie mit ihrem vielfältigen Musikangebot. Er weise darauf hin, dass in den letzten Jahren mit 540.000 Euro Finanzbestandteil eine Deckelung erfolgt sei. In Zukunft müsse man etwa 100.000 Euro mehr aufwenden. Er halte dies jedoch für eine tragbare finanzielle Mehrbelastung, denn immerhin umfasse der Kulturetat insgesamt weiterhin nur 0,7 Prozent des Gesamthaushaltes. Eine Zustimmung zu dieser Drucksache trage dazu bei, dass die vorbildliche Kulturlandschaft im Kreis Unna erhalten bleibe.

Beschluss

Der Kreis Unna als Träger der Neuen Philharmonie Westfalen wird von seinem Recht zur Kündigung des Fusionsvertrages aus dem Jahre 1996 bis einschließlich dem Jahr 2021 keinen Gebrauch machen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Erörterung

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk geht auf den vorliegenden Budgetbericht ein. Dieser prognostiziere für die Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von rund 4,4 Mio. Euro.

Diese positive Abweichung komme zum einen durch einen Einmaleffekt zustande, der auf einem Urteil des Bundessozialgerichts vom März dieses Jahres beruhe, in dem das Gericht festgestellt habe, dass die Einbehaltung der Bildungs- und Teilhabepaket-Mittel rechtswidrig gewesen sei. Hier handele es sich um knapp 1,8 Mio. Euro nicht verbrauchter Mittel bzw. Minderaufwendungen aus dem Jahr 2012, die im vergangenen Jahr zu Unrecht abgezogen worden seien. Inklusiv eines Zinseffektes sei dieses Geld dem Kreis mittlerweile zurück erstattet worden, und es dürfe allgemein zur Ergebnisverbesserung im Kreishaushalt verwendet werden.

Ein zweiter Effekt betreffe die Dienst- und Versorgungsaufwendungen. Dort gebe es eine Verbesserung im siebenstelligen Bereich, die u.a. auf die im letzten Jahr beschlossenen Einsparungen im Personalbudget sowie verschiedene personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie zeitversetzte Wiederbesetzung von offenen Stellen oder Reduzierung von Mehrarbeit, zurückzuführen seien. Zudem hätten sich durch den Wegfall von Lohnfortzahlungen und von Zuführungsbeträgen zu den Versorgungsaufwendungen finanzielle Auswirkungen ergeben.

Ein dritter Aspekt beziehe sich auf den Bereich Arbeit und Soziales. Er verweise auf die Seiten 16 ff. im Budgetbericht, insbesondere auf die Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft. Zurzeit gehe man davon aus, dass man den gegenwärtigen Haushaltsansatz von knapp 97,2 Mio. Euro um rund 3,5 Mio. Euro brutto unterschreiten werde. Brutto bedeute, ohne Abzug der Bundesbeteiligung bei diesem Posten. Zöge man diesen Anteil ab, würde man den Ansatz letztendlich um rund 2,5 bis 3 Mio. Euro unterschreiten.

In Ergänzung des Berichts teilt Herr Kreisdirektor Dr. Wilk mit, dass die Kosten der Unterkunft im Juli bei 7,7 Mio. Euro und im August bei 7,75 Mio. Euro gelegen hätten. Das sei eine Größenordnung, die sich im Laufe des Jahres relativ stabil entwickelt habe. Ähnlich verhalte es sich bei der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, die mit leichten Schwankungen etwa bei einer Größenordnung von 20.500 liegen würde. Im vergangenen Jahr habe man sich da, mit Ausnahme des letzten Quartals, noch in Richtung 21.000 bewegt.

Allgemein sähe man aktuell eine Verstetigung dessen, was auch zum 30.06.2015 erwartet worden sei, so dass sich die Zahlen für den dritten Budgetbericht voraussichtlich in ähnlicher Größenordnung bewegen würden.

Abschließend weist Herr Kreisdirektor Dr. Wilk noch auf das Thema Rechtskreiswechsler hin. Hierbei handele es sich um Personen, die aus dem Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den SGB II-Bezug wechseln würden. Da gebe es verschiedene Fallgruppen: Zum einen die Personen, die eine Aufenthaltsgenehmigung hätten, zum anderen die geduldeten Personen und als dritte Gruppe die sogenannten Kontingentflüchtlinge. Diese Zahlen würden voraussichtlich in 2015 noch kaum eine Rolle spielen oder in nur sehr geringem Umfang und auch in 2016 noch nicht in der Schärfe, wie es jetzt schein. Dies hänge damit zusammen, dass dieser Rechtskreiswechsel, trotz sehr hoher Flüchtlingszuwächse, per Gesetz erst nach 15 bzw. 18 Monaten vollzogen werde. Er kündigt an, darauf noch einmal im Einzelnen bei den Haushaltsberatungen einzugehen.

Der Kreistag nimmt den Budgetbericht zur Kenntnis.

Punkt 9

Wirkungsorientierte Steuerung

Punkt 9.1 106/15

Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass zum Thema „Wirkungsorientierte Steuerung“ eine Drucksache der Verwaltung (DS 106/15) zur Kenntnisnahme vorliege. Dazu gebe es einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 03.09.15 (DS 112/15). Der Ausschuss für Finanzen, Vergaben und Beteiligungen habe sich am 09.09.15 mit beidem befasst. In der Sitzung des Fachausschusses seien die einzelnen Punkte des Antrages getrennt abgestimmt worden. Die Punkte A und C seien einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden. Der Punkt B sei auf die Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag verschoben worden. Im Kreisausschuss seien gestern Diskussion und Beschlussfassung einvernehmlich auf die heutige Sitzung des Kreistages vertagt worden. Zur Einführung in das Thema bittet er den Kreisdirektor, die Systematik der wirkungsorientierten Steuerung noch einmal zu erläutern.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick zum Thema „Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung (WOS)“. (Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.) Er unterstreicht, wie wichtig es sei, dass Verwaltung und Politik sich gemeinsam darauf verständigten, dieses System einführen zu wollen. Daher werbe er noch einmal ausdrücklich für eine möglichst große Zustimmung zu diesem Verfahren. Er wiederhole sein Angebot, bei noch offenen Fragen, bestimmten Sorgen oder Unsicherheiten oder einfach noch fehlenden Sachinformationen, für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Zudem wolle er eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik anbieten, die transparent und vertrauensvoll sein solle, da die Politik zukünftig immer wieder an den verschiedensten Stellen enger in den Haushalt eingebunden werde als bisher. Zur Einführung dieses Systems benötige man jedoch auch Ressourcenausstattung. Er kündigt an, im Haushaltsentwurf der Verwaltung mit Stellenplan die Einrichtung einer Stelle vorzulegen. Auch die Städte und Gemeinden hätten mittlerweile ein relativ großes Interesse an diesem Thema gefunden und ihn um Informationen dazu gebeten. Er würde es begrüßen, wenn auch die Städte und Gemeinden die wirkungsorientierte Steuerung, zumindest punktuell, umsetzen würden.

Brigitte Cziehso (SPD-Fraktion) spricht der Verwaltung zunächst ein Lob für die Einbringung dieses Themas in die politische Diskussion und für die umfassende Drucksache (DS 106/15) aus. Anschließend geht sie auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU (DS 112/15) ein. Dieser habe in drei Punkten beantragt, wie mit diesem Thema umgegangen werden solle. Unter Punkt A gehe es darum, die strategische Steuerung im Kreis Unna einzuführen und unter Punkt C um das weitere Verfahren, also eine Strategiekonferenz im Frühjahr 2016. Im Ausschuss für Finanzen, Vergaben und Beteiligungen habe es eine breite Mehrheit für diese beiden Punkte gegeben und nun wolle sie hier noch einmal für eine Beschlussfassung zum Punkt B werben. Darin werde vorgeschlagen, die Entwicklung strategischer Ziele durch die Verwaltung im Vorfeld mit Leitlinien zu versehen, die in diesem Kreistag bisher völlig unstrittig gewesen seien. Gleichzeitig habe man mit diesen Leitlinien eine Schwerpunktsetzung für die spätere Entwicklung strategischer Ziele im klassischen Sinne formuliert. Der Schwerpunkt liege auf dem Thema Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung. Sie betone, dass hier nur eine Richtung vorgeben werde, in der der Verwaltungsvorstand seine Vorschläge entwickeln solle, man wolle die strategischen Ziele nicht vorwegnehmen. Man werde im Rahmen der Diskussion bis zum Frühjahr 2016, in der Strategiekonferenz und auch in der Folge kontinuierlich mit allen Fraktionen und Gruppen das Gespräch und die Zusammenarbeit suchen. Daher bitte sie, auch dem Punkt B zuzustimmen und sagt zu, alle Anregungen, die später in den Prozess eingebracht würden, selbstverständlich gerne mit aufzunehmen. Sie bittet den Kreisdirektor darum, zu sagen, wie er dieses veränderte Verfahren für seine Arbeit bewerte.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass der Kreisdirektor darauf zum Schluss antworten werde.

Herr Goldmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Dank an die Verwaltung für die vorliegende Drucksache und die ergänzenden Ausführungen des Kreisdirektors an. Er habe gehofft, wie bereits im Kreisausschuss ausgeführt, dass die antragstellenden Fraktionen nach der aus seiner Sicht ausgesprochen sachlich geführten Diskussion im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 09.09.15 den Vorschlag der vier kleinen Fraktionen und Gruppen aufgegriffen und ihren Vorschlag B zur Verabschiedung von sogenannten Leitzielen zurückgenommen hätten. Nun stehe man vor der Grundsatzfrage, ob eine politische Mehrheit einen solchen Prozess wirklich wolle. Es gehe aus seiner Sicht nicht um die Leitziele der antragstellenden Fraktionen, sondern um die Erarbeitung aller Ziele, die man gemeinsam mit der Verwaltung erarbeite, die man nebeneinander stelle und dann auch gemeinsam priorisiere, natürlich nach in sich schlüssigen Verfahrensschritten, wie es der Kreisdirektor gerade skizziert habe. Wenn jeder nun ein paar Aufschläge mache, was ihm aus seiner Sicht aktuell wichtig sei, dann belaste man einen solchen Prozess. Jetzt über den Antrag von SPD und CDU zu diskutieren, sei faktisch der dritte Schritt vor dem ersten. Er schlage erneut vor, heute nur über die Punkte A und C des Antrages abzustimmen und sich dann im gemeinsamen Dialog mit der Verwaltung und allen im Kreistag vertretenen politischen Kräften im Frühjahr auf eine ergebnisoffene Diskussion einzulassen, wo man stehe und kurz-, mittel- und langfristig hin wolle. Sollte es trotz allem dazu kommen, dass der Punkt B heute mehrheitlich so beschlossen werde, dann sei das für ihn ein klares Zeichen dafür, dass dieser Prozess nicht auf Augenhöhe mit den kleineren, im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen erfolge. Er kündigt an, dass seine Fraktion dann zukünftig nicht aktiv an einem solchen Prozess teilnehmen werde.

Herr Klostermann (Gruppe FDP) teilt mit, dass die FDP im Kreistag den Weg zur wirkungsorientierten Steuerung zusammen mit der Verwaltung grundsätzlich mitgehen wolle. Zum Antrag der Fraktionen SPD und CDU fehle ihnen jedoch das Verständnis. Man könne nicht nachvollziehen, wie SPD und CDU zum jetzigen Zeitpunkt in ihrem Antrag unter Punkt B diese Festlegung treffen könnten. Sollte dieser Antrag in der Form aufrecht erhalten werden, könne man dem nicht zustimmen. Sollte er getrennt abgestimmt werden, werde die FDP Punkt A und C zustimmen und Punkt B entsprechend ablehnen.

Herr Stalz erklärt, dass die Freien Wähler den Sachbericht begrüßen würden, aus dem deutlich werde, welche Potenziale in der neuen Systematik steckten. Allerdings schließe er sich auch dem an, was seine beiden Vorredner zum Antrag der beiden großen beiden Fraktionen gesagt hätten. Für die Freien Wähler sei auch nicht ersichtlich, wie z.B. der Punkt A umgesetzt werden könne, wo es im letzten Satz heiße „Die jährliche Aufstellung des Produkthaushaltes richtet sich nach diesen strategischen Leitzielen und deren Kennzahlen.“ Die Verwaltung habe im Sachbericht dargelegt, dass dies im Haushalt 2016 noch gar umsetzbar sei, weil sich der Haushalt 2016 in der Aufstellung befinde, insofern könnte dies frühestens den Haushalt 2017 betreffen. Zum Punkt B merkt er an, dass die dort genannten Ziele jeder Vollständigkeit entbehren würden. Mit den aufgeführten Leitzielen könne man sich zwar identifizieren und stünde auch voll dahinter, aber man habe eben auch noch weitere Ziele, wie z.B. die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit, Integration, Umweltschutz, Bürgerbeteiligung, Transparenz, Nachhaltigkeit, ein integriertes Klimaschutzkonzept, Modal Split. Ebenso würden die anderen, kleineren Fraktionen und Gruppen wahrscheinlich auch noch weitere Dinge benennen können, die man als Leitziele mit einbauen könne. Insofern könne man diesem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Sell (Linksfraktion) führt aus, dass von den Kollegen Goldmann und Klostermann schon vieles gesagt worden sei, das seine Unterstützung finde. Die Linksfraktion sei der Meinung, dass man hier eine richtungsweisende Entscheidung zu treffen habe. Die wirkungsorientierte Steuerung finde ihre Zustimmung. Sie sei

eine positive Sache, wenn sie so vorangetrieben werde, wie in der Drucksache und vom Kreisdirektor erläutert. Von den sieben von der KGST empfohlenen Punkten fehle ihnen aber die Bestandsaufnahme, die weder die CDU noch SPD gemacht hätten. Die im Antrag aufgeführten Leitziele selbst seien unstrittig, da es um all das gehe, was dieser Kreistag schon jahrelang mache. Als die Kooperation zwischen CDU und SPD begründet wurde, habe die Fraktionsvorsitzende Brigitte Czieso deutlich im Kreistag gesagt, dass man in Zukunft, immer wenn es um wichtige Entscheidungen gehe, mit den kleinen Fraktionen und Gruppen sprechen werde. Ein solches Angebot seitens der SPD habe es zu dieser Sache nicht gegeben. Zudem stelle er sich die Frage, wie man für einige Punkte, die im Antrag aufgeführt seien, Kennzahlen ermitteln könne. Er stimme mit Herrn Goldmann insofern überein, dass die Linksfraktion, sollte der Punkt B heute beschlossen werden, sich an den weiteren Beratungen ebenfalls nicht beteiligen werde.

Frau Lipke (Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm) schließt sich ebenfalls den letzten Rednern an und betont, dass ihre Fraktion grundsätzlich bereit gewesen sei, die wirkungsorientierte Steuerung mitzutragen. Man habe die Informationsveranstaltung des Kreisdirektors mitgemacht, sich in der Fraktion beraten und sich dafür entschieden. Dieser Weg werde jetzt aber leider total verändert, daher gehe ihre Fraktion ihn nicht mehr mit. Sie spricht sich dafür aus, dass die Antragsteller dann ihre Sache alleine machen sollten.

Herr Jasperneite (CDU-Fraktion) erklärt, dass SPD- und CDU-Fraktion zu allen Punkten lange und oft zusammengesessen und diese Themen bearbeitet hätten. Beide Fraktionen hätten Angebote gemacht, diesen Antrag zu ergänzen. Man glaube, dass hier geeignete Leitplanken gesetzt werden, mit denen die Verwaltung zukünftig den weiteren Prozess organisieren könne. Man müsse bewirken, dass Verwaltung und Politik sich gemeinsam hinsetzen, um zukünftig wirkungsorientiert das noch vorhandene Geld so auszugeben, dass man den größtmöglichen Effekt erziele. Der heutige Beschluss werde nicht den Haushalt 2016 beeinflussen, sondern erst Auswirkungen auf den Haushalt 2017 haben. Weiterhin sei man Meinung, dass man der Verwaltung mit diesen Leitzielen ein Werkzeug an die Hand gebe, um anschließend durch operative Ziele für Strukturen im Kreis Unna zu sorgen, bei denen die Menschen im Kreis Unna Arbeit und eine funktionierende Wirtschaft hätten. Diese im Antrag beschriebenen Primärziele wolle man nach vorne bringen. Daher appelliere er erneut, den gemeinsamen Antrag zu unterstützen und die Angebote seitens der CDU- und SPD-Fraktion anzunehmen. Der Antrag werde so aufrechterhalten und man bitte um Zustimmung. Gleichzeitig hoffe man, dass die kleinen Fraktionen und Gruppen auch weiterhin ihre Interessen und Ideen mit einbringen werden.

Herr Goldmann (Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass er zu diesem Themenfeld mit keiner anderen Fraktion oder Gruppe gesprochen habe, und es sollte bei den beiden großen Fraktionen doch eine gewisse Nachdenklichkeit hervorrufen, wenn anscheinend alle anderen politischen Kräfte ihrem Vorschlag eine deutliche Absage erteilten. Unter dem Eindruck der heute nochmals getätigten Ausführungen, nach den Beratungen im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben und gestern im Kreisausschuss, glaube er, dass es nicht die Kleinen seien, die überlegen sollten, ob sie auf das Angebot der Großen zu einer weitergehenden Kommunikation eingehen wollten, sondern diese sollten überlegen, ob sie sich nicht auf einen völlig falschen Weg befänden, der letztendlich ein solches Projekt zum Scheitern brächte.

Frau Czieso (SPD-Fraktion) bestätigt noch einmal, dass der Antrag in der vorliegenden Form aufrechterhalten werde. Ihre Fraktion würde es aber außerordentlich bedauern, wenn die kleinen Fraktionen und Gruppen nicht die Gelegenheit nutzen würden, an diesem Prozess weiterhin mitzuarbeiten. Die Gesprächsbereitschaft ihrer Fraktion in der Folge der Beschlussfassung sei jederzeit gegeben.

Herr Goldmann (Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN) beantragt, die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk nimmt aus Sicht der Verwaltungsleitung Stellung zu der Thematik und teilt mit, dass die im vorliegenden Antrag unter Punkt B genannten Leitziele, die für ihn weder abschließend seien noch in irgendeiner Rangfolge stünden, eine Basis darstellten für das, was im nächsten Frühjahr gemeinsam in diesem Prozess zu erarbeiten sei. Es seien Leitplanken, die berücksichtigt würden, aber nichts, was die Prozessergebnisse bereits vorwegnehme. Man werde gemeinsam diesen Prozess bestreiten, und die vorgeschlagenen Leitziele würden vorab mit auf den Weg gegeben. Er gibt zu bedenken, dass ein Rückzug von Teilen der Politik auch Auswirkungen auf die konkreten Haushaltsberatungen im Herbst haben werde, da sich die Ergebnisse nachher auch operationalisiert in der Haushaltsaufstellung wiederfinden würden. Er wirbt letztmalig darum, sich an der Stelle nicht zu verweigern.

Herr Landrat Makiolla erklärt, er könne durchaus nachvollziehen, wenn Teile des Kreistages gegen bestimmte Punkte dieses Antrages inhaltliche Vorbehalte hätten. Allerdings bitte er darum, noch einmal darüber nachzudenken, ob die Konsequenz, aus einer gleich stattfindenden demokratischen Entscheidung hier im Kreistag, eine Totalverweigerung sein solle, weil man dann im Prinzip auch die Mitwirkung am Haushalt verweigere.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, geht Herr Landrat Makiolla zur Abstimmung über. Zunächst lässt er einvernehmlich die Punkte A bis C des gemeinsamen Antrages (DS112/15) einzeln abstimmen. Abschließend lässt Herr Landrat Makiolla über den gesamten Beschlussvorschlag der DS 112/15 abstimmen (siehe Punkt 9.2).

**Punkt 9.2 112/15 Leitziele eines wirkungsorientierten Verwaltungshandelns;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 03.09.2015 zur DS
106/15**

Erörterung

Siehe unter Punkt 9.1. Herr Landrat Makiolla lässt zunächst einvernehmlich die Punkte A bis C des gemeinsamen Antrages (DS112/15) einzeln abstimmen.

Beschluss

A

Der Kreistag beschließt, dass die Aufstellung des Produkthaushaltes künftig mit zwischen Verwaltung und Politik abgestimmten Zielen verknüpft wird. Die jährliche Aufstellung des Produkthaushaltes richtet sich nach diesen strategischen Zielen und deren Kennzahlen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(3 Enthaltungen der Gruppe der Freien Wähler und der Fraktion
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Beschluss

B

Der Kreistag beschließt folgende Leitziele für den Prozess einer wirkungsorientierten Steuerung:

1. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist ein wirtschaftsfreundlicher Kreis Unna, gute Arbeit und eine gesteigerte Investitionsbereitschaft. Ziel muss es sein, ein quantitativ und qualitativ gutes Arbeitsplatzangebot zu schaffen. Der Kreistag bekennt sich zu einer wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung von Politik und Verwaltung. Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Jobcenter und Kreisverwaltung sind hierbei wesentliche Akteure und sehen sich als Dienstleister für die Unternehmen im Kreis Unna. Der Kreistag bekennt sich zum Leitziel leistungsfähiger Industriestandort Kreis Unna. Aller Kräfte und Anstrengungen werden auf diese Ziele konzentriert.
2. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist die Senkung der Arbeitslosenzahlen und die Steigerung der Beschäftigungsquote im Kreis Unna. Der Kreistag fordert alle Bemühungen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente umfassend einzusetzen, damit sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verringert.
3. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis 2020. Kein Jugendlicher im Kreis Unna darf ohne berufliche Perspektive sein. Der Kreistag setzt sich für die weitere Verbesserung des Übergangsmanagements Schule und Beruf ein, um Jugendlichen eine gesicherte Zukunft im Kreis Unna zu geben.
4. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist es, den Aus- und Bildungsstandort Kreis Unna nachhaltig zu stärken. Dafür ist eine kreisweit abgestimmte Bildungspolitik im umfassenderen Sinne unter Einbeziehung der Städte und Gemeinden, aber auch der kommunalen Nachbarn (Hochschulen) notwendig.
5. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist es, den Kreishaushalt nachhaltig auf der Grundlage der vom Kreistag 2013 beschlossenen Grundsätze zur Haushaltsplanung zu beschließen. Das Rücksichtsgebot gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird vom Kreistag noch einmal ausdrücklich bekräftigt.
6. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist der Kreis der kurzen Wege. Daher zählt die Ertüchtigung und Weiterentwicklung der Infrastruktur auf allen Ebenen und in Zusammenarbeit mit allen Akteuren zu den Zukunftsaufgaben.
7. Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung ist ein Kreis in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger gut aufgehoben fühlen können und niemand an den Rand gedrängt wird.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU sowie des Landrates, 17 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP, PIRATEN und Freie Wähler)

Beschluss

C

Der Landrat bereitet für Anfang 2016 eine Strategiekonferenz vor, auf der die weiteren Schritte zu einer wirkungsorientierter Steuerung zwischen Politik und Verwaltung vorbereitet werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend lässt Herr Landrat Makiolla über den Gesamtantrag der DS 112/15 (Punkte A bis C, wie vorstehend aufgeführt) abstimmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU sowie des Landrates, 16 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen FDP und Freie Wähler, 1 Enthaltung der Gruppe PIRATEN)

Punkt 10 115/15 Flüchtlingssituation im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist auf die umfassende Informationsdrucksache (DS 112/15) der Verwaltung hin und teilt mit, dass er, angesichts der Bedeutung dieses Themas, eingangs noch einmal näher darauf eingehen wolle und auch noch einige aktuelle Informationen dazu geben werde. (Die Rede des Landrates ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.) Im Anschluss an seine Ausführungen bedankt sich Herr Landrat Makiolla ausdrücklich bei allen Beteiligten für die Erstellung der Drucksache für die heutige Sitzung, die auch eine gute Grundlage für das Netzwerktreffen am 20.10.15 darstelle.

Herr Zühlke (SPD-Fraktion) schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Dank an die Verwaltung an. Der Sachbericht gebe ein sehr umfangreiches und gut verständliches Bild darüber, welche Leistungen erbracht würden und welche Zusammenhänge bestünden, wodurch man die Situation hier im Kreis und auch die Verantwortung der einzelnen Bereiche gut erkennen könne. Weiterhin bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Erstaufnahmeeinrichtung für ihr überdurchschnittliches Einsatzverhalten. Ihre Leistungen im Rahmen des Schichtdienstes sowie ihre Einsatzbereitschaft dort seien außergewöhnlich hoch.

Herr Goldmann (Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN) dankt dem Landrat für seine sehr umfangreichen Ausführungen und geht dann auf den von seiner Fraktion gestellten Antrag zur Einrichtung eines Flüchtlingsgipfels ein. Dabei habe es sich in erster Linie um eine Bitte an den Landrat, zur Organisation eines Flüchtlingsgipfels unter Einladung der kreisangehörigen Kommunen, gehandelt. Es gehe dabei nicht darum, die Arbeit der Kommunen kritisch zu begleiten oder deren Zuständigkeiten in Frage zu stellen, sondern um die Notwendigkeit einer gemeinsamen sinnvollen Abstimmung in wesentlichen Fragestellungen. Mit der Aussage des Landrates, für den 20.10.2015 zu einem Netzwerktreffen eingeladen zu haben, sei dem Antrag weitestgehend Rechnung getragen. Weiter führt er aus, dass bei der Unterbringung und Betreuung einer großen Anzahl von Flüchtlingen die Städte und Gemeinden des Kreises aus Sicht seiner Fraktion eine unglaubliche Leistung vollbracht hätten. Dies verdiene Respekt. Er wolle aber auch darauf hinweisen, dass diese Leistungen ohne die massive Hilfe der Ehrenamtlichen nicht hätten geschultert werden können. In der vorliegenden Drucksache habe er zwei Dinge, die für eine qualifizierte Betreuungs- und Flüchtlingsarbeit unverzichtbar seien, nicht wiedergefunden. Punkt 1 sei das Thema unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Da sei es zwingend notwendig, mit allen beteiligten, kreisangehörigen Kommunen gemeinsam zu überlegen, ob man für diese häufig stark traumatisierten jungen Menschen nicht eine Unterbringung über die kommunale Ebene hinaus, nach Herkunftsland, Religion oder anderen Kriterien hinbekomme. Punkt 2 sei das Thema

Ehrenamtliche. Hier sollte gemeinsam überlegt werden, wie man diese ehrenamtlichen Kräfte begleiten und unterstützen könne, sei es durch Schulungen oder Möglichkeiten zu einer Reflektion ihrer Eindrücke und Erlebnisse. Abschließend weise er darauf hin, dass es, um die hohen auch finanziellen Belastungen schultern zu können, eines intensiven Dialoges sowohl in Richtung Landes- als auch Bundesebene bedürfe und es dazu erforderlich sei, auch die heimischen Bundes- und Landtagsabgeordneten einzubinden, um letztendlich für den Kreis Unna und für alle betroffenen Kommunen die bestmögliche Lösung zu erreichen.

Herr Landrat Makiolla verweist darauf, dass der Sachbericht u.a. unter Punkt 11 durchaus das Thema unbegleitete Flüchtlinge beinhalte. Es gebe seit einiger Zeit intensive Gespräche zwischen den Jugendämtern im Kreis und dem Jugendamt der Stadt Dortmund. Bundesweit sei Dortmund eine der am stärksten von diesem Thema betroffenen Städte, und ein Teil der Jugendlichen, die in die Verantwortung des Dortmunder Jugendamtes kämen, würden auch im Kreis Unna untergebracht. Es sei daher auch ein gemeinsames Problem, mit dem man sich intensiv befasse.

Herr Jasperneite (CDU-Fraktion) spricht der Verwaltung ein Lob für die sehr informative Drucksache aus. Sie verdeutliche, dass die Zuständigkeit des Kreises geringer sei, als man vielleicht glaube und beschreibe sehr gut die Aufgabenstrukturen und Zuständigkeiten der Verantwortlichen vor Ort. Man sei ebenso der Meinung, dass die Kommunalvertreter beim Bundestag mit vertreten sein müssten. Aber auch die Landesregierung sollte sich überlegen, die Kommunen zu entlasten und die Finanzierungsquote vielleicht etwas zu erhöhen.

Herr Goldmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, mit Blick auf die Ausführungen des Landrates ziehe seine Fraktion ihren Antrag auf Einrichtung eines Flüchtlingsgipfels, der jetzt nur einen anderen Namen bekommen habe, an dieser Stelle zurück. Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass damit der Tagesordnungspunkt 11 nicht mehr behandelt werden müsse. In Bezug auf die angesprochene Einbindung der Landes- und Bundespolitiker halte er es für wichtig, hier vor Ort den direkten Draht zu den Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene zu halten. Er betone, dass dies geschehe und hier auch der Dialog stattfinde. Er sei in den letzten Wochen mit Landtagsabgeordneten, Ministern, Staatssekretären, auch aus dem Bundesinnenministerium, sowie mit Bundestagsabgeordneten in Unna-Massen unterwegs gewesen, und Dezernent Wigant und er hätten sehr viel Zeit darauf verwendet, mit den verantwortlichen Politikern auf Landes- wie auf Bundesebene über die Anliegen, die man hier vor Ort habe, zu sprechen. Es sei sehr schwierig, wie auch die Lage objektiv sehr schwierig sei, und von daher würden Dinge auch schon mal schief oder nicht schnell genug laufen. So sei es für ihn nicht nachvollziehbar, dass es in Unna-Massen, immer noch keine Nebenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gebe, in der Asylanträge bearbeitet werden könnten. Das BAMF habe nun für November in Aussicht gestellt, eine Nebenstelle zu errichten. Wenn es gelänge, die Verfahrensdauer im Rahmen der Asylbearbeitung zu verkürzen, hätte man einen deutlich größeren Durchlauf durch die Einrichtungen. Es könne nicht sein, dass Flüchtlinge erst im Mai nächsten Jahres ihren ersten Anhörungstermin beim Bundesamt hätten. An der Stelle müsse man zu einer Beschleunigung kommen, und da setze er jetzt auf die Bundesregierung, insbesondere auf die Bundeskanzlerin, bei dem am Donnerstag auf Bundesebene stattfindenden Flüchtlingsgipfel.

Herr Stalz bedankt sich für die Freien Wähler ebenfalls bei der Kreisverwaltung für die sehr informative Drucksache. Man werde die Forderungen, die der Landrat hier aufgestellt habe, voll unterstützen. Sie begrüßten sehr, was die Kommunen zurzeit hier in Deutschland leisteten, die viele Dinge auffangen und umsetzen würden und machtlos seien gegen die Zuweisungen, die sie bekämen. Neben der angesprochenen Einbindung der Landtags- und Bundestagsabgeordneten würden sie aber auch Europaabgeordnete ansprechen wollen.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass in drei Wochen der Europaabgeordnete Dietmar Köster die Erstaufnahmeeinrichtung in Unna-Massen besuchen werde und dann genau diese Dinge angesprochen würden.

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation im Kreis Unna zur Kenntnis.

**Punkt 11 103/15 Einrichtung eines "Flüchtlingsgipfels Kreis Unna";
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.08.2015**

Erörterung

Der Antrag wurde zurückgezogen. (siehe Punkt 10)

Punkt 12 111/15 Mobilität für Flüchtlinge vereinfachen - Sozialticket an deren Situation anpassen; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2015

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass man sich, durchaus als Reaktion auf den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS 111/15) schon vorweg einige Gedanken zu dem Thema gemacht habe und dass man sich auf dem Netzwerktreffen am 20.10.2015 selbstverständlich auch mit der Frage der Mobilität von Flüchtlingen befassen werde. Er bitte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ihren Antrag zu erläutern.

Frau Schneider (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass der Antrag aus zwei Teilen bestehe, von denen der zweite Teil, in dem es um Flüchtlinge in Erstunterbringung gehe, nach Meinung ihrer Fraktion hier nicht mehr diskutiert werden müsse, da sich zwischenzeitlich herausgestellt habe, dass es bessere Modelle gebe. So greife ab dem 01.10.2015 in Niedersachsen ein Modell, wo von Landeseite aus der Hausausweis der Flüchtlinge reiche, um in ihrem Landkreis den ÖPNV nutzen zu können. Man werde sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass das auch für das Land Nordrhein-Westfalen diskutiert werde. Den zweiten Absatz könne man daher aus dem Antrag herausnehmen. Wichtig sei ihnen, dass Mobilität für Flüchtlinge hier zum Thema werde, und man der VKU den Auftrag gebe, Flüchtlinge zu befähigen, den ÖPNV zu benutzen, z.B. vielleicht durch das Entwickeln von Broschüren in ausländischer Sprache. Ebenso müsse man sich über das Sozialticket und die Kosten noch einmal Gedanken machen. Diese ganze Thematik solle ins Bewusstsein gerückt werden und die Aussage getroffen werden, dass der Kreis Unna / die VKU das in ihren Möglichkeiten stehende tun werde, um Flüchtlinge mobil zu machen.

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass damit der zweite Absatz des Beschlussvorschlages zurückgezogen wurde, so dass nur der erste Absatz, d.h. die ersten zwei Sätze, des Antrages verbleiben würden. Er weist darauf hin, dass Flüchtlinge, die hier wohnten, natürlich ein Sozialticket erwerben könnten, und die Regelsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes würden ungefähr den Regelsätzen von Hartz IV entsprechen, so dass man, auch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung, hier keine Sonderregelungen für Flüchtlinge schaffen sollte. Richtig sei, dass man sich Gedanken darüber machen müsse, was man tun könne, um den Flüchtlingen eine Teilhabe an der Mobilität zu ermöglichen. Dies nehme man gerne auf, um darüber auf dem

Anlagen

1. Stellungnahme der Schulkonferenz der Sonnenschule (E-Mail)
2. Neuordnung der Förderschullandschaft im Kreis Unna – Rede LR Makiolla
3. Wirkungsorientierte Steuerung – Vortrag KD Dr. Wilk
4. Flüchtlingssituation im Kreis Unna – Rede LR Makiolla
5. Bevorzugte Vergaben an Integrationsbetriebe und Betriebe mit Integrationsabteilungen –
Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion vom 11.09.2015

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

ges. Michael Makiolla
Vorsitzender